

Studie zu Geburten in Thune veröffentlicht BISS fordert weitere Untersuchungen

Der unabhängige Informationsdienst „Strahlentelex“ veröffentlicht in seiner aktuellen Ausgabe (Juni 2015) den Aufsatz „Verschiebung des Geschlechterverhältnisses in der Nähe der Braunschweiger Nuklearfirma Eckert & Ziegler“ von Dr. Thomas Huk. Die Bürgerinitiative Strahlenschutz nimmt dies zum Anlass, erneut eine Prüfung gesundheitlicher Auswirkungen zu fordern.

„In Gegenden, die durch ionisierende Strahlung, also Radioaktivität, belastet sind, findet man den Effekt, dass das Geschlechterverhältnis Neugeborener anders aussieht als in vergleichbaren Gebieten ohne diese Belastung: Es werden weniger Mädchen geboren, als man im Verhältnis zur Anzahl der Jungengeburten erwarten könnte. Die Wissenschaft diskutiert diesen Umstand kontrovers. Dr. Hagen Scherb und Dr. Kristina Voigt gehen davon aus, dass die Strahlung zum Absterben weiblicher Embryonen führt“, so BISS-Vorsitzender Huk.

Ein derartiger Effekt sei durch die vorliegende Studie für die Braunschweiger Ortsteile Thune und Harxbüttel statistisch abgesichert nachweisbar. Das Gesundheitsamt habe einen unvollständigen Datensatz geliefert, der für Thune ein verschobenes, aber nicht ganz so aussagekräftiges Verhältnis ergäbe. Die genauere Untersuchung der BISS habe hingegen nur Geburten gezählt, bei denen die Mütter schon während der Frühschwangerschaft im Bezirk ansässig gewesen seien. Für Wenden sei diese Art der Untersuchung wegen der hohen Fluktuation nicht möglich gewesen.

Laut Studie geht bereits der UNSCEAR-Report von 1958 davon aus, dass die Verschiebung des sekundären Geschlechterverhältnisses auf letale, durch ionisierende Strahlung induzierte Mutationen hinweist. Ionisierende Strahlung verursacht Krebs. Auch andere schwere Krankheitsbilder wie Diabetes oder Herzkrankheiten werden – so z.B. die internationale Ärzteorganisation IPPNW – durch ionisierende Niedrigstrahlung verursacht.

„Die Betroffenen können nicht nachweisen, wer den Schaden verursacht hat. Wir fordern daher die zuständigen Behörden dringend auf, im Sinne der Daseinsvorsorge das Geschlechterverhältnis als Indiz für einen Anfangsverdacht ernst zu nehmen. Der Norden Braunschweigs braucht ein kleinräumiges Krebsregister und eine Untersuchung weiterer Krankheitsbilder, die potentiell durch Strahlung hervorgerufen werden. Seit vielen Jahren brodeln Gerüchte über eine hohe Krebsrate im Bezirk, aber die Daten des Gesundheitsamtes sind unvollständig und gelten als unauffällig, obwohl gemeint ist, dass sie überhaupt keine belastbare Aussage hergeben.“

Ziel einer solchen Untersuchung müsse es sein, den Anfangsverdacht gefährlicher Auswirkungen entweder sicher auszuräumen oder öffentlich zu bestätigen:
„Wir benötigen Klarheit durch unabhängige, für jeden Interessierten einsehbare Zahlen und Fakten. Es hat keinen Sinn, auf mangelnder Datenbasis ein möglicherweise trügerisches Gefühl von Sicherheit aufrecht zu erhalten.“

Die Studie findet man unter www.strahlentelex.de oder auf www.biss-braunschweig.de verlinkt.

BISS e.V.